



# Berlin Aktuell



**BUNDESPOLIZEI GEWERKSCHAFTEN im dbb**

Berlin im Juni/Juli 2010

## **ODP – Gerechtigkeit herstellen, Klima in der Bundespolizei gemeinsam verbessern**

Inhalte des Gesprächs der Vorsitzenden der Polizeigewerkschaften in der Bundespolizei mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière waren auch Bestandteil des Monatsgesprächs.

Der Abteilungsleiter Bundespolizei bestätigte hierzu gegenüber dem BHPR die Absicht, gemeinsam eine ODP-Gerechtigkeit herzustellen. Ein entsprechender Arbeitskreis mit Gewerkschaften und BHPR soll hierzu eingerichtet werden. Ziel ist es, bereits bis zum Herbst erste Ergebnisse festzulegen.

Bestätigt wurde ebenfalls

- **den Zusatzurlaub für Wechsel- und Schichtdienstleistende nach § 12 Abs. 1**

**der EUrIV auch auf den Personenkreis nach Abs. 2 und 3 auszuweiten**

und

- **die Übergangsregelung nach §147 Abs. 2 BBG anzupassen. Hier soll die bisher unterschiedliche Verfahrensweise der Ernennung zu Beamten auf Lebenszeit dem aktuellen Beamtenrecht angeglichen werden.**

*bgv* und *DPoIG* erwarten, dass sich der Arbeitskreis auch mit weiteren Themen auseinandersetzt, die die augenblicklich angespannte Situation der Beschäftigten und das Klima in Bundespolizei deutlich verbessern.

## **Neuorganisation der Bundespolizei**

Der 3. Schritt hat nicht die erwarteten Bewerberzahlen in die Schwerpunktbereiche gebracht. Nach ersten Bewertungen könnten sich nach diesem Schritt weniger als ca. 500 PVB im personellen Überhang befinden (ohne Altersüberhänge). Diesen Kolleginnen und Kollegen steht dann eine theoretische Angebotspalette von ca. 2000 freien Dienstposten gegenüber. Im 4. Schritt können sich jedoch alle PVB's auf freie Dienstposten bewerben, auch aus Schwerpunktbereichen. Hierin sehen verschiedene Verantwortliche das eigentliche Problem. Sie möchten die Schwerpunktproblematik schnellstens regeln. Aus Sicht von *bgv* und *DPoIG* kann dies aber nicht ausschließlich im 4. Schritt gelöst werden. Hier werden für eine gewisse Zeitschiene alle Laufbahnabsolventen eingesetzt werden müssen, flankiert durch eine intensive Werbung von Nachwuchskräften in diesen Bereichen.

Wegen dem hohen bestehenden Personalfehl ist es dringend erforderlich, eine Priorisierung der Auffüllungsgrade der Dienststellen vorzunehmen, damit festgestellt werden kann, welche Dienstposten im 4. Schritt überhaupt angeboten werden können.

Vor diesem Schritt steht die Bilanzierung des 3. Schrittes an. Durch die Organisationsentscheidung über die RBW's und ihrer künftigen Außenstellen muss für die Mitarbeiter, welche sich wegen des ursprünglichen Wegfalls anders orientierten und nun auf ihren „alten Dienstposten/Stelle“ bleiben können, eine Rückabwicklung aus dem 1. und 2. Schritt erfolgen. Ansonsten ist von *bgv* und *DPoIG* keine Zustimmung zur Bilanzierung des 3. Schrittes zu erwarten.

## Sparmaßnahmen bei der Bundespolizei

Von den jährlich zu erbringenden Einsparungen der Bundesregierung in Höhe von 1,3 Mrd. € soll das BMI 2011 ca. 77 Mio. € und in den Folgejahren 91 Mio. € dazu beitragen. Die Bundespolizei muss nun ca. 29 Mio. € jährlich einsparen. Der größte Brocken fällt dabei auf die Personalausgaben. Wegen der Verlängerung der Wochenarbeitszeit wird pro Jahr bis 2014 im Vollzugs- und Verwaltungsbereich 0,4 % der Planstellen eingespart. Im Gesamtvolumen bedeutet dies eine Einsparung von ca. 1.000 Stellen in der Bundespolizei. Gleichzeitig läuft im Verwaltungsbereich

die weitere Einsparung von 1,5 % pro Jahr. Beide Stellenkürzungsmaßnahmen haben auch Auswirkungen auf die Einstellungsmöglichkeiten. So wird bereits in diesem Jahr die Anzahl der Einstellung von Polizeianwärtern gekürzt. **bgv** und **DPoIG** plädieren in diesem Zusammenhang für eine vermehrte Einstellung im mittleren Polizeivollzugsdienst, weil dort das größte Personaldefizit besteht. Außerdem können für den gehobenen Dienst Aufstiegswillige aus dem mittleren Polizeivollzugsdienst rekrutiert werden.

## G 9 – Treffen der Verbände und Gewerkschaften der Sicherheitsbehörden des Bundes

Am Mittwoch, den 23. Juni 2010, trafen sich Bernhard Schürmann (BDK), Hans-Ulrich Benra (VBOB), Hartmut Schönmeier (DBWV), Rüdiger Reedwisch (**bgv**), Heiko Teggatz (**DPoIG**), Josef Scheuring und Dr. Hartmut Kühn (GdP) in Berlin, Stromstraße 4. Aus terminlichen Gründen waren die Kollegen Klaus Hilger Leprich (BDZ) und Wolfram Kamm (VBB) verhindert.

Das Sparpaket der Bundesregierung stand zunächst im Mittelpunkt der Diskussion. So sind Kürzungen in finanzieller Höhe von 2,44 % für die ausstehende Sonderzahlung 2011 sowie Einsparungen von 15.000 Stellen geplant. Bei der Bundespolizei werden bereits Planstellen im Haushalt 2010 gestrichen. Als Grund wurde die Arbeitszeiterhöhung angegeben.

Kürzung der Sonderzahlung: 2006 war diese Kürzung für 5 Jahre angekündigt worden. Diese sollte dann zurückgefahren werden. Dass dies so nun nicht passieren soll, stellt einen klaren Vertrauensbruch dar. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass das Vertrauen in die Politik hierdurch erschüttert ist.

Es wurden sehr intensiv mögliche Auswirkungen des Sparpaketes für die einzelnen Bereiche, wie der Bundeswehr, des Bundeskriminalamtes, des Zolls etc., diskutiert.

Die Bundespolizei befindet sich gerade in der 4. Reform und wird nun zentral organisiert. Derzeit ist keiner so richtig in der Lage, seine Aufgabe wahrzunehmen, wobei das Aufgabenvolumen geblieben ist und noch weiter anwächst.

Der ODP wird nicht durch notwendige Planstellen unterlegt. Einstellungen wurden und werden nicht auf validen Daten geplant und vollzogen. Beförderungsmöglichkeiten tendieren gegen Null.

Einig waren sich alle Teilnehmer, dass das Sparpaket einige Gruppen deutlich belastet, dass aber andere gesellschaftliche Gruppen mit partikularer steuerlicher Entlastung bedacht wurden. Wieder andere Gruppen sind nicht belastet und sollen nun, wenn es nach Teilen der Koalition geht, noch zusätzlich entlastet werden. Hierdurch entsteht eine gravierende und nicht haltbare gesellschaftliche Schiefelage.

Als Möglichkeit der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit und Positionierung wurde ein Schreiben der Gewerkschaften und Sicherheitsbehörden, welches bis zum 5. Juli zur Sitzungswoche des Bundestages an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages versandt werden soll, beschlossen. Der Inhalt wird derzeit noch abgestimmt.

Ein nächstes Treffen wurde in der letzten Augustwoche ins Auge gefasst.

## Leistungsbezahlung für Beschäftigte gem. TVöD

Der Initiativantrag des Bundespolizeihauptpersonalrates zum Abschluss einer Dienstvereinbarung zur Umsetzung des LeistungsTV-Bund in der Bundespolizei wird seitens der Abteilung B begrüßt. Dem übersandten Entwurf wird allerdings nicht zugestimmt. Es wurde vorgeschlagen, zügig gemeinsame "Eckpfeiler" zu erarbeiten, um auf dieser Grundlage in konstruktive Gesprä-

che über die Dienstvereinbarung eintreten zu können.

Seitens **bgv** und **DPoIG** wird der alte HPR-Beschluss weiter gestützt, der besagt, dass eine mögliche Dienstvereinbarung nur für 2010 gelten solle und dabei schwerpunktmäßig Teamprämien sowie kurze Bewertungszeiträume greifen.

## Eingruppierung von Tarifbeschäftigten nach Bewährungsaufstieg

AL B Herr Hammerl hat mit Schreiben vom 4. Juni dieses Jahres festgestellt, dass Tarifbeschäftigte nach bereits erfolgtem Bewährungsaufstieg und Übertragung einer geringer bewerteten Tätigkeit nicht in die Ausgangsentgeltgruppe

rückgruppiert werden. Die Notwendigkeit eines klarstellenden Erlasses wird nicht gesehen. **bgv** und **DPoIG** werden die entsprechende Umsetzung überwachen.

## Eingruppierung von Tarifbeschäftigten Behandlung von Master- und Bachelorabschlüssen

Zur Behandlung von Master- und Bachelorabschlüssen im Rahmen der Eingruppierung von Beschäftigten wurden folgende Hinweise gegeben:

### Abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung

Die in der Protokollnotiz Nr. 1 zum Allgemeinen Teil der Anlage 1a zum BAT/BAT-O definierte Anforderung der abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulbildung wird über den Wortlaut hinaus als erfüllt angesehen, wenn die/der Beschäftigte einen Master- oder Magisterabschluss besitzt, der nach dem Bundesbeamtenrecht den Zugang zum höheren Dienst eröffnet (vgl. § 17 Abs. 5 Nr. 1 Bundesbeamtengesetz).

### Abgeschlossene Fachhochschulausbildung

Sofern in der Anlage 1a zum BAT/BAT-O die Anforderung einer abgeschlossenen einschlägigen Fachhochschulausbildung oder einer anderen Ausbildung besteht, deren Abschluss den Zugang zum gehobenen Dienst eröffnet (z. B. Vorbemerkung Nr. 2 zu allen Vergütungsgruppen der Anlage 1a zum BAT/BAT-O), wird diese auch dann als erfüllt angesehen, wenn die/der Beschäftigte einen Bachelorabschluss besitzt, der nach dem Bundesbeamtenrecht den Zugang zum gehobenen Dienst eröffnet (vgl. § 17 Abs. 4 Bundesbeamtengesetz). Dies gilt auch für akkreditierte Bachelorabschlüsse, die an Berufsakademien erworben wurden.

## Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Seit etwa 5 Jahren wird dieses Thema immer häufiger diskutiert und hat mittlerweile auch in die Politik Einzug gehalten. Für viele Beschäftigte stellt sich insbesondere wegen fehlender familiärer Bindung am Wohnort immer häufiger die Frage, wie kann die Erwerbstätigkeit mit familiären Pflichten vereinbart werden?

Der HPR hat sich in seiner Juni/Juli-Sitzung dieses Thema fachkundig erläutern lassen. So haben die Referenten wesentliche Faktoren zu diesem Querschnittsthema vorgestellt.

Als wichtigster Faktor wurde der Punkt Arbeitszeit dargestellt, weil dadurch die Familienzeit, Freizeit etc. beeinflusst wird. Hier gilt es, möglichst flexible Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, damit Familie und Beruf unter einen Hut gebracht werden können.

Betriebliche Gesundheitsförderung sollte ebenfalls die Vereinbarkeit flankieren. Personalvertretungen sind insbesondere durch den Arbeitsschutz in einer sehr starken Stellung.

Konflikte können durch die Doppelbelastung der Frauen in Familie und Beruf, bei Eltern in der

Kindererziehung und bei Vätern, die sich der Kindererziehung widmen, entstehen. Hier gilt es zur Bewältigung entsprechende Dienstvereinbarungen zu schließen.

Auch die Demografie spiegelt sich in diesem Thema wider. Beschäftigte werden immer älter und die Arbeitsbedingungen müssen entsprechend angepasst werden. Doch auch in der Personalgewinnung wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine entscheidende Rolle spielen. Arbeitgeber, die dies nicht erkennen, werden spürbar weniger Bewerberinnen und Bewerber gewinnen können. Auch als betriebswirtschaftlicher Erfolgsfaktor ist die Vereinbarkeit nutzbar. Zufriedene Mitarbeiter leisten nachweislich mehr gute Arbeit.

Zur Umsetzung des Ganzen wurden noch verschiedene Gesetze und Vorschriften vorgestellt. **bgv** und **DPoIG** setzen sich dafür ein, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in der Bundespolizei als wichtiges und gemeinsames Organisationsziel gesehen und auch umgesetzt wird.

## **dbb startet Protestaktion zum Sparpaket der Bundesregierung: „Versprochen – gebrochen?“**

(dbb) Der dbb hat am 14. Juni 2010 eine Protestkampagne gegen das Sparpaket der Bundesregierung gestartet. Unter dem Motto „Versprochen – gebrochen?“ bezieht der gewerkschaftliche Dachverband Position und macht klar, dass vor allem die Rücknahme der Weihnachtsgeldzusage seitens der Bundesregierung von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu Recht als glatter Vertrauensbruch empfunden wird.

Mit einer Wandzeitung

([http://dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/dbb/pdf/wandzeitung\\_versprochen\\_gebrochen.pdf](http://dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/dbb/pdf/wandzeitung_versprochen_gebrochen.pdf))

informiert der dbb über die Fakten: Die Bundesregierung will bis 2014 rund 80 Milliarden Euro einsparen. Für den öffentlichen Dienst bedeutet das eine Streichung der für 2011 beschlossenen Rücknahme der Weihnachtsgeld-Halbierung und den Abbau von weiteren 10.000 Stellen bis 2014. dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen dazu: „Die Halbierung des Weihnachtsgeldes war 2005 von Frau Merkel und Herrn Schäuble ausdrücklich als auf fünf Jahre begrenzte Maßnahme zur

Haushaltskonsolidierung deklariert – sie stehen mit der Rücknahme der Kürzung ab 2011 bei den betroffenen Menschen im Wort.

Was soll man einer Regierung noch glauben, die nach dem Grundsatz ‚versprochen – gebrochen‘ handelt?“ Seit 1991 seien nahezu ein Drittel der Stellen in der Bundesverwaltung abgebaut worden. „Wer jetzt noch weiter kürzt, legt unmittelbar Hand an die Funktionsfähigkeit des Staates“, warnt Heesen.

Auf seiner Homepage [www.dbb.de](http://www.dbb.de) hat der dbb eine Serie von Protest-E-Cards zum Sparpaket der schwarz-gelben Koalition online gestellt (LINK). So kann man den Bundestagsabgeordneten beispielsweise eine „Gelbe Karte wegen Foulspiels“ zeigen oder sie vor dem „Gerupften Staat“ warnen.

Die Beratungen des Bundestages zum Sparpaket beginnen in diesen Tagen.

Die Aufforderung an die Kolleginnen und Kollegen: „Nehmen Sie Einfluss, setzen Sie sich mit Ihrem Wahlkreisabgeordneten in Verbindung, machen Sie Ihrem Ärger Luft!“

## **dbb Chef: Staat muss funktionsfähig bleiben - Schon jetzt Personalprobleme in der Bundesverwaltung**

Der Staat muss trotz der aktuellen Sparzwänge funktionsfähig bleiben. Das fordert der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen in einem Gespräch mit dem Bonner „General-Anzeiger“ (Ausgabe vom 17. Juni 2010). Nicht erst wenn weitere Stellen gestrichen würden, kämen auf die Bundesverwaltung Probleme zu.

„Die Probleme sind schon da“, sagte Heesen. „In der Zollverwaltung sind etwa 3.800 Dienstposten unbesetzt, in einigen Hauptzollämtern hat der Personalfehlbestand 25 Prozent erreicht. So liegen schon mehr als eine Million Vollstreckungsbescheide auf Halde. Es geht um die Eintreibung von Zoll, Einfuhrumsatzsteuer, Stromsteuer, Tabaksteuer, Mineralölsteuer. Auch in der Bundeswehr sind über 900 Technikerstellen nicht besetzt. Da leidet die Qualität des Materials, natürlich auch für die Soldaten im Auslandesinsatz“, gab der dbb Chef zu bedenken.

Zur Forderung des Bundes, angesichts der schrumpfenden Bevölkerung müsse auch der öffentliche Sektor sein Personal zurückführen, sagte Heesen: „Das darf aber nicht dazu führen, dass er die ihm zustehenden Einnahmen nicht eintreiben kann.“ Der dbb Chef verwies auf neu hinzukommende Aufgaben: „Wer treibt denn die Kerosinsteuer von den Fluggesellschaften künftig ein, wer kümmert sich um die Einnahmen aus der neuen Brennelementesteuer? So kann ein Staat nicht funktionieren.“

Vieles im Sparpaket der Bundesregierung, das der dbb Bundesvorsitzende insgesamt als „zu platt“ und „zu wenig kreativ“ bezeichnete, passe nicht zusammen: „Man kann nicht drei Milliarden Euro durch eine bessere Arbeitsvermittlung sparen wollen, ohne deutlich mehr Vermittler einzustellen.“

Das Interview im Wortlaut unter [http://dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/3159\\_3709.php](http://dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/3159_3709.php)

## **Tag des öffentlichen Dienstes Bundesinnenminister würdigt Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière hat anlässlich des "Tages der Vereinten Nationen für den öffentlichen Dienst" die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Deutschland gewürdigt. Der öffentliche Dienst sei gut gerüstet, wenn es darum geht, seinen Beitrag zur Gestaltung und Sicherung der Zukunft zu leisten.

Die aktuelle weltweite Wirtschaftskrise sei ein gutes Beispiel dafür, wie alle gesellschaftlichen Kräfte dazu beitragen, dass Deutschland trotz zahlreicher Stürme insgesamt in einem ruhigen Fahrwasser geblieben ist. Die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen könne nur gelingen, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen zusammenwirken. Der Zusammenhalt zwischen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft müsse daher auch künftig weiter gestärkt werden. Dazu habe die Entwicklung des öffentlichen Dienstes in Deutschland in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag geleistet. Angesichts der Veränderungen durch die Globalisierung und die zunehmende europäische Integration sei eine

stete Modernisierung des öffentlichen Dienstes und der Verwaltungsstrukturen unabweisbar, um Schritt zu halten. Dazu gehöre auch eine leistungsstarke wirtschaftliche und insbesondere bürgerfreundliche Verwaltung.

"Den berechtigten Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger an den Staat kann nur ein moderner öffentlicher Dienst genügen. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes werden heute die Fähigkeit und der Mut verlangt, gewohnte Bahnen zu verlassen, Veränderungen herbeizuführen und diese Veränderungen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu nutzen. Daneben gilt es, Akzeptanz und Bürgernähe nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes können mit Stolz und Zufriedenheit auf ihre Arbeit sehen. Für den täglichen vollen persönlichen Einsatz, der oftmals auch den Einsatz des eigenen Lebens und der Gesundheit bedeutet, möchte ich an diesem Tag allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst danken", erklärte der Bundesinnenminister.

## **Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes**

Das Bundesministerium des Inneren hat am 18. Juni 2010 eine Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes durchgeführt. Gesetzgeberisches Ziel ist es, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von Personen in ihrer Eigenschaft als Beschäftigte zu schützen und gleichzeitig dem Informationsbedürfnis des Arbeitgebers Rechnung zu tragen.

Der dbb beamtenbund und tarifunion war in der Anhörung vertreten durch den Stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek.

In seiner Stellungnahme begrüßte der dbb den politischen Willen, durch eine umfassende Regelung des Beschäftigtendatenschutzes verbindliche Mindeststandards für alle Beschäftigten zu schaffen. Der Schutz personenbezogener Daten im Beschäftigungsverhältnis bedarf nach Auffassung des dbb beamtenbund und tarifunion einer systematischen und normenklaren Regelung, um Rechtsklarheit und Rechtsicherheit für alle Betroffenen zu schaffen.

Gleichzeitig kritisierte der dbb den vorliegenden Gesetzesentwurf zum Beschäftigtendatenschutz als zu unbestimmt. Wichtige Punkte seien zu ungenau geregelt und mit unbestimmten Rechtsbegriffen versehen. Für den Arbeitgeber bleibe

damit ein weiter Spielraum, für die betroffenen Beschäftigten bleibe eine hohe Unsicherheit.

Angesichts der rasanten Entwicklung der technischen Möglichkeiten und zahlreicher Datenpannen und Skandale der letzten Jahre sei dabei das Bedürfnis nach einem umfassenden Beschäftigtendatenschutz groß.

Der dbb fordert ein eigenständiges Beschäftigtendatenschutzgesetz, das für Bewerber und Beschäftigte die Datenerhebung und Verarbeitung nur für eng umgrenzte und zwingend notwendige Zwecke, und möglichst mit Einwilligung der Betroffenen, regelt. Der Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes werde dem nicht gerecht.

Danach ist die Datenerhebung und –verwendung zur Verhinderung von Pflichtverletzungen oder zur Aufdeckung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten möglich, ohne dass das Gesetz genau definiert, unter welchen konkreten Voraussetzungen dies geschehen soll.

Der dbb forderte deshalb, dass klare, eindeutige Voraussetzungen definiert werden, unter denen ein Eingriff in das verbriefte Recht der informationellen Selbstbestimmung zulässig ist.

Nach der Sommerpause wird die Kabinettsbefassung stattfinden; die erste Lesung im Bundestag

ist für Herbst 2010 vorgesehen.

### **Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts über die Folgen der rechtswidrigen Teilzeitanordnung bei Beamten im Land Brandenburg**

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 17. Juni 2010 den Klagen mehrerer Beamten und Beamtinnen im Land Brandenburg, die seinerzeit nach §§ 39 a und b LBG a. F. mit dem Zusatz „in Teilzeitbeschäftigung“ in ihrer Ernennungsurkunde verbeamtet wurden, für rechtswidrig erklärt.

Das Land Brandenburg hatte als Angestellte beschäftigte Mitarbeiter ab 1999 als Beamte ernannt, in ihrer Ernennungsurkunde jedoch den einschränkenden Zusatz „in Teilzeitbeschäftigung“ aufgenommen. Dieser Zusatz ist rechtswidrig, weil es für die zwangsweise Teilzeitanordnung bei Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit in Brandenburg nach dem 31. De-

zember 1999 keine gesetzliche Grundlage mehr gab.

Die vom BVerwG als rechtswidrig erklärte Rechtslage ist zwischenzeitlich im Land Brandenburg beseitigt. Zudem hat ein Großteil der betroffenen Beamtinnen und Beamten bereits im Jahre 2009 „rechtswirksame Vergleichserklärungen“ mit dem Land Brandenburg getroffen.

Unabhängig von der Frage der Geltendmachung von Ansprüchen im jeweiligen Haushaltsjahr und der Frage der Verjährung von Ansprüchen dürfte deshalb der Kreis der von diesem Urteil Betroffenen überschaubar sein. Der dbb wird nach Vorliegen der vollen Urteilsgründe über die weiteren Einzelheiten berichten.

### **www.leistung-macht-staat.de: Öffentlicher Dienst im Einsatz für alle**

Seit November 2009 demonstriert das dbb-Internetportal [www.leistung-macht-staat.de](http://www.leistung-macht-staat.de) die Leistungsstärke und -vielfalt des öffentlichen Dienstes in Deutschland.

Die bundesweit bislang einzigartige Leistungsschau führt vor Augen, in wie vielen Bereichen des täglichen Lebens die 4,5 Millionen Beschäftigten rund um die Uhr dafür sorgen, dass das Land funktioniert – ob Recht und Sicherheit, Politik und Bürger, Wirtschaft und Finanzen, Verkehr und Infrastruktur, Gesundheit und Soziales, Bildung und Wissenschaft oder Kultur und Sport: Der öffentliche Dienst ist für alle da, jederzeit und überall.

Seit 15. Juni 2010 präsentiert das Internetportal zwölf weitere Bereiche, in denen der öffentliche

Dienst im Einsatz für alle ist. So praktizieren tausende Beschäftigte bei Bund, Ländern und Kommunen tagtäglich Natur- und Umweltschutz, in den Zoologischen Gärten stehen Artenschutz, -pflege und -erhaltung ganz oben auf der Agenda. Deutsche Post und Deutsche Telekom zeigen, dass traditionelle Staatsunternehmen nicht von gestern sind, in Sachen Finanzen kümmern sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Bundesbank, Postbank und Sparkassen um Stabilität und sichere Bargeldversorgung. Die Experten des öffentlichen Mess- und Eichwesens wachen im Sinne aller Verbraucher über korrekte Maße und Einheiten, der öffentliche Gesundheitsdienst sorgt dafür, dass niemand in Sachen Gesundheit durchs Raster fällt.

Mehr Informationen dazu und vieles mehr gibt es unter [www.leistung-macht-staat.de](http://www.leistung-macht-staat.de).

---

**bundespolizeigewerkschaft bgv**

verantwortlich i.S.d.P. Redakteurin Bärbel Dorias

**Seelower Straße 7 \* 10439 Berlin \* Tel: (030) 44 67 87 21 \* Fax: (030) 44 71 43 20 \***

**e-mail: [post@bgv.dbb.de](mailto:post@bgv.dbb.de) \* [www.bundespolizeigewerkschaft.de](http://www.bundespolizeigewerkschaft.de)**